



40 JAHRE Volksabstimmung gegen Zwentendorf

Don't nuke the climate oder Warum Atomenergie unser Klima nicht retten kann

Gegen grenznahes Atom Müllendlager



anti atomkomitee

40 Jahre Volksabstimmung gegen Zwentendorf



primär zur Produktion von waffenfähigem Material gedacht waren und die Energiegewinnung nur ein Nebenaspekt war.

Die Befürworter frohlockten, der Atomstrom werde so billig sein, dass sich ein Stromzähler nicht rentieren würde.

**von Dipl.-Ing. Manfred Doppler,
Anti Atom Komitee**

Man plante allen Ernstes, die Abwärme der Reaktoren zu nützen, um Badeseen zu erwärmen und man könnte dann, wie in einer Therme, das ganze Jahr über BadeFreuden genießen!

Die Lichter würden ohne Zwentendorf ausgehen, es drohe ein „Energienotstand“, der möglicherweise sogar in einem Bürgerkrieg enden könne, viele Arbeitsplätze würden verloren gehen, sollte Zwentendorf nicht in Betrieb gehen.

Ein wichtiger Grund, dass die Volksabstimmung letztendlich mit einer hauchdünnen Mehrheit von 50,74% gegen die Inbetriebnahme ausgegangen ist, lag aber ganz woanders.

Der damalige Bundeskanzler Bruno Kreisky drohte damit zurückzutreten, sollte Zwentendorf nicht in Betrieb gehen. Das war der Anlass für viele, gegen Zwentendorf

zu stimmen, obwohl sie eigentlich dafür waren, in der Hoffnung, Kreisky loszuwerden.

Doch auch heuer 40 Jahre nach dieser historischen Volksabstimmung dürfen wir uns ob dieser Entscheidung aber nicht auf die Schulter klopfen, wie toll wir doch sind, weil wir Zwentendorf ablehnt haben.

22 Jahre danach sind wir in Wullowitz an der Grenze gestanden, haben gegen die Inbetriebnahme von Temelin demonstriert, haben die Grenzen blockiert, haben uns als vehemente Atomgegner präsentiert.

40 Jahre danach importiert Österreich über 15% seines Stromes vorwiegend aus Deutschland und Tschechien, nachweislich auch aus Temelin und Dukovany und diesen Atomstrom lügen wir uns dann mit norwegischen Wasserkraftzertifikaten zu Ökostrom!!!

Der Grund dafür, dass sich die Ablehnung gegen die Atomenergie der Bundespolitik sehr oft in verbalen Ergüssen erschöpft, mag darin liegen, dass man insgeheim froh über die Ausbaupläne bei unseren Nachbarn ist, denn dann können wir diesen Strom importieren und uns wieder auf die Schulter klopfen, wir toll wir doch sind, weil wir Zwentendorf abgelehnt haben.

Am 5. November 2018 jährt sich Volksabstimmung zum AKW Zwentendorf zum 40. Mal. Wir erinnern uns!

Die Entscheidung war schon 1972 gefallen – mit dem Baubeginn des AKW Zwentendorf wollte auch Österreich zu den fortschrittlichen Ländern gehören, die ein Atomkraftwerk besitzen.

Die Euphorie über die sogenannte „friedliche“ Nutzung der Atomenergie war ungeheuer.

Niemand von den Befürwortern verlor jedoch ein Wort darüber, dass Atomkraftwerke und die Atombombe quasi als siamesische Zwillinge untrennbar miteinander verbunden sind, dass Atomkraftwerke

www.solarier.at

SOLARier
ENERGIEPROFIS FÜR'S HAUS

Ein gutes Gefühl mit der Natur zu heizen.

ENERGIEPROFIS FÜR NEUBAU UND RENOVIERUNG
SOLARANLAGEN, PHOTOVOLTAIK, BIOMASSEHEIZUNGEN UND WÄRMEPUMPEN MIT ZUKUNFTSGARANTIE

- SOLAR PHOTOVOLTAIK
- HOLZ PELLETS
- WÄRME PUMPEN
- HAUS INSTALLATION

Informationstreffen in Cihadlo zum Atommülllager mit tschechischen Bürgermeisterinnen und Organisationen

Anlässlich des Aktions- und Protesttages gegen ein Atommüllendlager an fast allen möglichen Standorten in Tschechien trafen sich Bürgermeister und Anti Atom Organisationen aus Tschechien, Ober- und Niederösterreich zu einem Gedanken- und Informationsaustausch bei Cihadlo, einem der möglichen Standorte. Seitens der österreichischen Vertreter wurde der tschechischen Plattform gegen das Endlager volle Unterstützung zugesagt. Das Anti Atom Komitee erinnerte die Bundesregierung an über 400 Gemeindepetitionen.



Auf Initiative der Plattform gegen ein Atommüllendlager fand an fast allen möglichen Standorten ein Aktions- und Protesttag gegen den Bau eines Endlagers in Tschechien statt. Vorher gab es ein Treffen mit tschechischen Bürgermeistern.

Der Sprecher der Plattform, Bgm. Dipl.-Ing. Petr Nohava kritisierte bei diesem Treffen vor allem die Vorgangsweise der tschechischen Politik massiv, die mehr und mehr versucht, die Mitspracherechte der Gemeinden zu unterbinden. Einem Endlager in Tschechien kann nur dann zugestimmt werden, wenn es einen transparenten Entscheidungsprozess und ein klares Atomausstiegskonzept in Tschechien gibt.

Als Zeichen der Solidarität mit den tschechischen Endlagergegnern überreichte Manfred Doppler mit

den oberösterreichischen Bürgermeistern die Resolution gegen ein grenznahe Atommülllager und gegen einen weiteren Ausbau der Atomkraft in Tschechien mit einer Liste der über 400 Gemeinden in Ober- und Niederösterreich, die diese Resolution beschlossen haben. Die Resolution dieser über 400 Gemeinden ist aber auch ein klarer Auftrag an die österreichische Bundespolitik, den Inhalt dieser Resolution, basierend auf einer Entschließung des Nationalrates, umzusetzen.

Manfred Doppler betonte bei der abschließenden Diskussion, dass die Endlagersuche nicht nur technisch, sondern vielmehr auch ethisch-moralisch betrachtet werden muss.

Wer gibt jemandem das Recht, Entscheidungen zu treffen, die nicht nur über die Verantwortlichkeit von

Personen, sondern auch Jahrhunderttausende über die Verantwortlichkeit von Staaten hinausgeht? Dieser Ansatz traf auf breite Zustimmung, auch von den tschechischen Vertretern.



Manfred Doppler vom Anti Atom Komitee war dabei mit drei Bürgermeistern aus dem Bezirk Freistadt, Erich Traxler, Windhaag/Fr., Alois Pils, Sandl und Alois Reithmayr, Kaltenberg vertreten.



Gegen Atommüllendlager in CZ

Über 12.000 Unterschriften und über 400 Gemeinden sprechen eine deutliche Sprache

Die Initiative des Anti Atom Komitees gegen ein grenznahe Atommüllendlager und den Ausbau der Atomkraft in Tschechien ist ein großartiger Erfolg. Seit Herbst 2017 wurden über 12.000 Unterschriften dagegen gesammelt und in über 400 Gemeinden wurde eine Resolution dagegen beschlossen, die über eine Million Bürger repräsentieren. Das Anti Atom Komitee fordert von der Bundesregierung klare Schritte auf politischer Ebene.

Die Ablehnung eines grenznahen Atommüllendlagers und den weiteren Bau von Atomkraftwerken in Tschechien wird immer deutlicher. Bereits über 400 Gemeinden in Ober- und Niederösterreich haben im Gemeinderat eine Resolution dagegen beschlossen und über 12.000 Unterschriften wurden bisher gesammelt.

Dieser großartige Erfolg unserer Initiative, basierend auf einem Entschluss des Nationalrates, zeigt deutlich, wie klar die Ablehnung der

Bevölkerung gegen diese tschechischen Pläne ist!

Diese mehr als 400 Gemeinden repräsentieren immerhin über eine Million Bürger, die diese klare Ablehnung auch bei den zuständigen Landesregierungen, dem Umweltministerium und dem Bundeskanzleramt deponiert und diese aufgefordert haben, alle möglichen Schritte auf höchster politischer Ebene zu setzen, um diese Bedrohung für die nächsten 800.000 Jahre zu verhindern.

An diesem Ergebnis kommt auch die Bundesregierung nicht mehr vorbei, und wir werden diese mehr als 12.000 Unterschriften an Umweltministerin Elisabeth Köstinger übergeben und sichtbare Aktivitäten der Bundesregierung einfordern!

Wir fordern von der Bundesregierung ein klares ...

... **NEIN** zum Atommülllager an der Grenze!!!

... **NEIN** zum Atomausbau in Tschechien!!!



Klares Fehlurteil in Luxemburg

Wer von den 28 Richtern traf diese Entscheidung?

Das Urteil des Europäischen Gerichts zu Hinkley Point C ist eine klare Fehlentscheidung und rüttelt an den Grundfesten der EU. Das gemeinsame Interesse hat nach dem Brexit nur mehr Frankreich. Das Anti Atom Komitee fordert eine Veröffentlichung der Richter, die für dieses Urteil verantwortlich sind! Schröpfung der britischen Steuerzahler ist garantiert!

Das Europäische Gericht hat die Billigung der staatlichen Förderungen und garantierten Einspeisetarife durch die EU Kommission als nicht EU gesetzwidrig beurteilt und damit die Klage Österreichs abgewiesen. Mit diesem unglaublichen Urteil wurde aber auch eine 35 Jahre lange, garantierte Schröpfung der britischen Steuerzahler und wettbewerbsverzerrende Förderungen der Atomlobby für das bevorstehende ökonomische Desaster beim Bau

des britischen AKW Hinkley Point C durch das Europäische Gericht abgesegnet.

Während bei Freihandelsabkommen wie CETA oder TTIP versucht wird, uns den freien Wettbewerb und die Liberalisierung der Märkte schmackhaft zu machen, wird freier Wettbewerb mit dieser Entscheidung mit den Füßen getreten. Freier Markt offensichtlich nur dann, wenn er genehm ist!

Die Entscheidung des Gerichts der Europäischen Union sich auf den

Euratomvertrag aus dem Jahre 1957 zu beziehen zeigt, dass dieser Vertrag unverzüglich abzuschaffen ist. Völlig unverständlich ist auch die Begründung der Richter, dass ein gemeinsames Interesse nicht alle Mitgliedstaaten betreffen müsse, wenn klar ist, dass dieses „gemeinsame“ Interesse nach dem Brexit mit Frankreich nur mehr EINEN Mitgliedstaat betrifft. Da muss die Frage erlaubt sein, wer von diesen 28 Richtern des Europäischen Gerichtes dieses Urteil gefällt und wer wie gestimmt hat. Die Bundesregierung muss jetzt selbstverständlich gegen dieses krasse Fehlurteil berufen und dafür sorgen, dass die Namen der Richter und deren Abstimmverhalten veröffentlicht werden!

Professor Temelin

Erinnerungen von Mag. Lorenz Graf an die Volksabstimmung von Zwentendorf



Durch das Fenster im Schlafsaal des Internates, wo ich in meiner Gymnasialzeit wohnte, konnte ich den Forschungsreaktor Seibersdorf sehen und durften sogar den Atomreaktor besuchen. Ich war vor allem von dem geheimnisvollen blauen Leuchten, das von den Brennstäben ausging, fasziniert. Wir nahmen gierig auf, was man uns erzählte, staunten über die riesigen Energiemengen, die man aus Atomkernen gewinnen kann. Und wir Österreicher sind bei dieser modernsten Hochtechnologie dabei! Ich war begeistert.

Die Begeisterung steigerte sich noch, als ich am Physikalischen Institut der Universität Wien studierte. Ich, der in der Volksschule meine Aufgaben noch bei Petroleumlampen machen musste, war einfach überwältigt im „Atomzeitalter“ leben zu dürfen. Doch je mehr ich mich mit den Informationen, beschäftigte und je öfter ich begann, die Lobreden kritisch zu analysieren, desto mehr Ungereimt-

heiten tauchten auf. Wir wurden belehrt, dass wir uns bei einer Explosion eines Atommeilers flach in eine Furche legen sollten mit dem Gesicht nach unten und mit Erde oder Pflanzen zudecken. Vieles wurde verschleiert und schöngeredet. Manches waren glatte Lügen. Man hielt Kritiker für blöd. Wer nicht ihrer Meinung und der des Kanzlers Kreisky war, würde als weltfremder Hippie, als langhaariger arbeitsscheuer Chaot, als wirtschafts- und fortschrittsfeindlicher Schmarotzer abgestempelt.

Es wurde behauptet, das Atommüllproblem ist keines und wenn, dann erst in den 1980er oder 1990er Jahren aktuell und bis dahin ist eine Lösung gefunden. Außerdem hat Kanzler Kreisky beste Verbindungen zu Arabien und die würden uns den Müll schon abnehmen.

Man prahlte damit, die sichersten Grenzwerte und strengsten Gesetze der Welt in Österreich zu ha-

ben. Wie lächerlich. Es wurde versucht mit „hochwissenschaftlichen“ Begriffen zu verwirren. Wer weiß schon genau was Curie, Becquerel, Rad, Rem, Röntgen, Sievert oder Gray bedeuten. Klingt alles sehr wissenschaftlich, aber damit konnte man die schreckliche Wahrheit der radioaktiven Verseuchung gut tarnen.

Ich hatte das Wissen um die Zusammenhänge und Problematik der Atomindustrie und daraus erwuchs die Verantwortung, etwas dagegen zu unternehmen. Der Atomgegner Graf war geboren.

OStR. Prof. Mag. Lorenz Graf



Don't nuke the climate!

oder

Warum Atomenergie unser Klima nicht retten kann!

Es ist immer wieder erstaunlich, mit welcher Konsequenz die EU-Kommission ihr lernresistentes Verhalten aufrecht erhält, was die Einstellung zur Atomenergie betrifft.

In Zeiten wo der Klimawandel doch in manchen EU Kommissionsgehirnen angekommen zu sein scheint, wird diese Entwicklung sofort dazu genötigt, für die Atomenergie einzu-

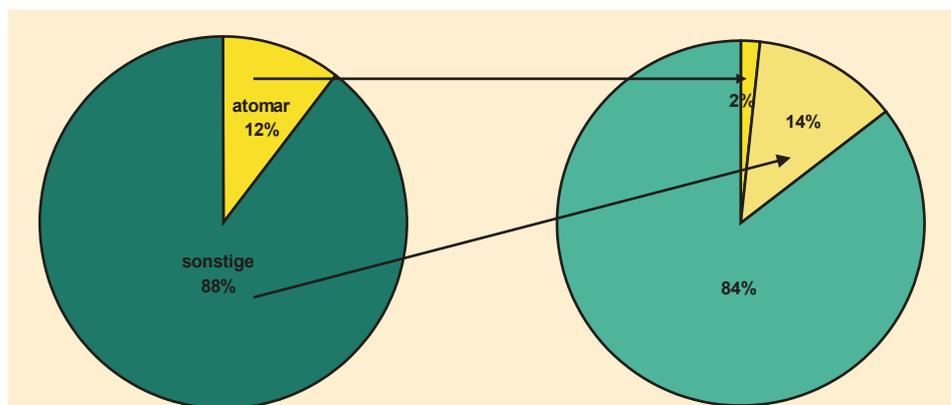
treten und als Klimaschutzmaßnahme zu definieren.

Atomkraftwerke würden doch kein CO₂ ausstoßen, sei eine sogenannte LOW CARBON ENERGY und der

Ausbau der Atomenergie daher als Klimaretter darzustellen.

Beim ersten „Hinsehen“ klingt das gar nicht so absurd, denn Atomkraftwerke, isoliert betrachtet, produzieren kein oder kaum CO₂.

Was die Atombefürworter jedoch natürlich verschweigen ist, dass beim Uranbergbau selbstverständlich CO₂ produziert wird und zwar in großen Mengen. Bei der Uranaufbereitung, der Urananreicherung entsteht CO₂ und welche Mengen die völlig ungelöste Frage der Endlagerung noch an CO₂ produzieren wird, kann überhaupt kein Mensch seriöserweise sagen, denn bis heute weiß niemand, wie diese Lagerung für 800.000 Jahre letztendlich aussehen wird, falls es überhaupt eine Lösung gibt.



Atomkraftwerke tragen aktuell zu etwa 12 Prozent an der weltweiten Stromerzeugung bei, das entspricht etwa 2 % des gesamten Weltenergiebedarfes.

Allein diese Zahlen belegen klar, dass diese 2% Atomenergie am Weltenergiebedarf das Klima der Erde nicht retten können, auch kein nennenswerter Beitrag zum Klimaschutz sein können!!

Aber für diese 2% verseuchen wir Teile unseres Planeten auf Jahrhunderte und schaffen mit dem Atommüll eine Erblast für die nächsten 800.000 Jahre!

Für 2% der Energie!



Die Teilnehmer der Nuklear Energy Conferenc (NEC) in Prag nutzten die Möglichkeit, auch in Tschechien deutlich sichtbar zu machen, dass Atomenergie unser Klima nicht retten kann.

Öffentliche Anhörung in Wien zu AKW Ausbau in Tschechien.

Bundespolitik glänzt durch Abwesenheit. Über 400 Gemeinden und über 12.000 Bürger fordern Präsenz der Politik.

Bei der Anhörung in Wien zum AKW Ausbau in Tschechien zeigte sich die Bundespolitik desinteressiert an den Ausbauplänen von AKWs in Tschechien. Über 400 Gemeinden mit ca. 800.000 Einwohnern haben die Gemeinderesolution beschlossen, nach der die Regierung aufgefordert wird, alles zu unternehmen um den AKW Ausbau und ein grenznahe Atomüllendlager zu verhindern. Das Anti Atom Komitee fordert von der Bundesregierung, diese klare Ablehnung nicht zu ignorieren.

Neuer Zwischenfall in Temelin – pure Schlamperie?

Beim letzten Zwischenfall im AKW Temelin ist bereits zum x-ten Mal radioaktives Wasser ausgetreten. Derartige Vorkommnisse dürfen keineswegs verharmlost werden.

Das Anti Atom Komitee hat das Umweltministerium in Wien aufgefordert, eine vollkommene Darstellung des Hergangs zu veröffentlichen, denn Schlampereien sind nicht zu tolerieren. Auch bei der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl war nicht die Technik der Auslöser, sondern Schlampereien und gravierende Missachtung von Sicherheitsvorschriften.

Ausbau AKW Paks in Ungarn – Droht neuer EU-Skandal?

Nach der skandalösen Entscheidung der EU Kommission staatliche Beihilfen in Milliardenhöhe für den Bau des englischen AKW Hinkley Point C zuzulassen, droht nun in Ungarn beim Bau des AKW PAKS II eine ähnliche Missachtung der EU-Wettbewerbsregeln durch eine neuerliche skandalöse Entscheidung der EU-Kommission.

Einem Bruch des Wettbewerbsrechts durch die EU-Kommission muss die neue Bundesregierung entschieden entgegenreten und als logische Konsequenz ebenfalls eine Nichtigkeitsklage beim EuGH einbringen.

Es ist nicht akzeptabel, dass die EU-Kommission diese Beihilfen neuerlich mit einem sogenannten gemeinsamen Interesse begründet.

Ökostrom in Österreich – Was steckt da drin?

Mit dieser Vortragsreihe, die auch ein Projekt im Mühlviertler Kernland ist, wollen wir die Stromherkunft in Österreich thematisieren und den Gemeindebürgern Informationen dazu anbieten, wie sauber unser Ökostrom tatsächlich ist.

Es ist geplant, in allen 17 Kernland Gemeinden den Gemeindebürgern Informationsveranstaltungen in Form von Vorträgen oder Informationsveranstaltungen anzubieten, um darüber zu informieren, woher der Strom kommt, den wir konsumieren und vor allen Dingen auch, welcher Stromproduzent vom Geld der Stromkunden profitiert. Außerdem soll dazu ein Informationsfolder erstellt werden, in dem diese Informationen über unsere Stromherkunft vermittelt werden können und alternative Möglichkeiten aufgezeigt werden sollen.

Life Sendung auf dorf TV

Spannende Diskussion mit öö. Nationalräten



V.l.: Elfi Guttenbrunner, Michael Hammer (ÖVP), Werner Neubauer (FPÖ), Karin Doppelbauer (NEOS), Sabine Schatz (SPÖ) und Manfred Doppler bei der spannenden Lifesendung zu Anti-Atomthemen auf dorf TV.

Das Anti Atom Komitee nützt seine Sendungen auf dorf TV, um sich regelmäßig mit Vertretern der Bundespolitik zum gegenseitigen Informationsaustausch, aber auch um Anliegen an die politischen Vertreter

zu richten und damit ins Parlament zu bringen, aber auch um Aktivitäten einzufordern.

Spannend war die Diskussion mit den Mühlviertler Nationalräten zu den Themen Umsetzung und Conse-

quenzen der AKW Stresstests nach der Atomkatastrophe in Fukushima, das „Reinwaschen“ von Atomstrom durch Wasserkraftzertifikate und der Austritt Österreichs aus EURATOM.

Beitrittserklärung

anti atom komitee

Ich unterstütze die Aktivitäten des Anti Atom Komitees und werde Mitglied. Der Jahresbeitrag derzeit beträgt € 20,-, Für Schüler, Studenten € 10,-. Der Beitrag kann auf das Konto lautend auf Anti Atom Komitee, IBAN AT52 3411 0000 0210 9114, BIC RZOOAT2L110 eingezahlt werden.

Vor-/Nachname	
Firma/Verband	
Adresse	
Telefon	
E-Mail	
<input type="checkbox"/> Ich stimme zu, dass meine persönlichen Daten (Name, Vorname, Adresse, E-Mail, Tel.-Nr.) zum Zwecke der Information über Leistungsangebote des Anti Atom Komitees per Post oder per Email gespeichert und verarbeitet werden. Diese Daten werden nicht an Dritte weitergegeben. Diese Einwilligung kann jederzeit per Post an Anti Atom Komitee, Promenade 11, 4240 Freistadt oder per email an office@anti.atom.at kostenfrei widerrufen werden.	
Datum	Unterschrift

Anti Atom Komitee, Promenade 11, 4240 Freistadt, Telefon/Fax 0043 (0)79 42 72 543 | Obmann: Alfred Klepatsch, Geschäftsführer: DI Manfred Doppler

UNSERE ZIELE:

- Aufzeigen der negativen Folgen der Atomenergie
- Kein Atomstrom in Österreich und ein europaweiter Atomausstieg
- Förderung Erneuerbarer Energieträger und eine nachhaltige Energiepolitik

UNSERE AKTIVITÄTEN:

- Bildungsarbeit: Vorträge an Schulen und in den Gemeinden

- Unsere regelmäßigen Sendungen „Ausgestrahlt“ im Freien Radio Freistadt und auf Dorf.tv in Linz
- Infostände, Veranstaltungen, Demos
- Politikerlobbying: Treffen mit EU-Abgeordneten, Nationalräten, Landtagsabgeordneten und Bürgermeistern in OÖ
- Pressearbeit, Zeitung „Anti Temelin Post“
- Zusammenarbeit mit NGOs aus Bayern, Tschechien, Japan und Österreich



ZAHLUNGSANWEISUNG AUFTRAGSBESTÄTIGUNG

EmpfängerIn	Name/Firma
Anti Atom Komitee, Freistadt	
IBAN	EmpfängerIn
AT52 3411 0000 0210 9114	
BIC (SWIFT-Code) der Empfängerbank	
RZOOAT2L110	
EUR	Betrag Cent
Zahlungsreferenz	
IBAN	KontoinhaberIn/AuftraggeberIn
Verwendungszweck	
Mitgliedsbeitrag:	
Spende:	
IBAN	
KontoinhaberIn/AuftraggeberIn	
Name/Firma	
Betrag	
30+	
Unterschrift Zeichnungsberechtigter	

AT RB Region Freistadt Freistadt

EmpfängerIn	Name/Firma
Anti Atom Komitee, Promenade 11, 4240 Freistadt	
IBAN	EmpfängerIn
A T 5 2 3 4 1 1 0 0 0 0 0 2 1 0 9 1 1 4	
BIC (SWIFT-Code) der Empfängerbank	
R Z O O A T 2 L 1 1 0	
Kann bei Zahlungen innerhalb EU/EWR entfallen	
EUR	Betrag Cent
Prüfziffer	
Verwendungszweck	
Mitgliedsbeitrag:	
Spende:	
IBAN	KontoinhaberIn/AuftraggeberIn
KontoinhaberIn/AuftraggeberIn	
Name/Firma	
Betrag	
006	
30+	
Betrag	
Betrag +	
Unterschrift Zeichnungsberechtigter	

ZAHLUNGSANWEISUNG